



Die Holzhauser verteidigen ihren Dampfersteg. Die Anlagestelle der Bayerischen Seenschiffahrt war am Donnerstagabend Ausgang einer Demonstration von rund 300 Bürgern, die sich zur Verwaltungsschule aufmachten, wo in der Gemeinderatssitzung die Planung für ein Bootshaus der Polizei vorgestellt wurde. Foto: Julian Leitenstorfer

300 Bürger protestieren in Holzhausen

Bootshaus Verantwortliche der Polizei stellen Planung vor. Gibt es Spielraum für anderen Standort?

VON STEPHANIE MILLONIG

Holzhausen 13 Meter lang, zehn Meter breit und 5,80 Meter hoch, so sind beim derzeitigen Planungsstand die Dimensionen eines Bootshauses für die Dießener Polizeiboote am Holzhauser Dampfersteg. Die Zuständigen von Polizei und Innenministerium stellten in der jüngsten Sitzung des Uttinger Gemeinderats das Projekt vor, mussten sich aber zahlreichen Fragen nicht nur aus dem Gemeinderat stellen, denn auch Zuhörer durften sich zu Wort melden. Rund 300 Bürger vor allem aus Holzhausen und Utting, aber auch den Nachbargemeinden wie Dießen, hatten sich eingefunden – und lauschten teilweise stehend der Diskussion, da selbst im Haus Sieben Eichen in der Verwaltungsschule in Holzhausen der Platz nicht ausreichte. Zuvor hatte man sich am Dampfersteg getroffen.

Bürgermeister Josef Lutzenbeger machte zu Beginn klar, dass der Handlungsspielraum der Gemeinde gering ist: Der See sei außermärkisches Gebiet. Der Polizeivizepräsident des Präsidiums Oberbayern-Nord, Günther Gietl, erläuterte, dass die Wasserschutzpolizei bisher ihrem Auftrag ganzjährig präsent sein zu können, nicht nachkommen konnte, da das Polizeiboat im Winter auf dem Trockenen liegt. Die Polizei habe die Aufgabe „konkrete Gefahren abzuwehren“, und müsse außerdem Straftaten und Ord-

nungswidrigkeiten ahnden. In der weiteren Diskussion wiesen einige Bürger immer wieder daraufhin, dass doch die Wasserwachten für die Lebensrettung zuständig sei. Gietl sagte, dass vergleichbar den Beamten, die auf der Straße einen Unfall aufnehmen, auch auf dem See Polizisten so tätig werden müssen, beispielsweise bei einem Todesermittlungsverfahren, wenn ein Wassersportler ums Leben kommt. Gietl bezog sich auch auf den tragischen Fall des derzeit am Starnberger See vermissten 13-jährigen Buben. Die Starnberger Kollegen seien nach der Vermisstenmeldung um 21.45 Uhr ausgerückt und vier Stunden auf dem See unterwegs gewesen. Und dies gehe nur, wenn ein ausreichend großes Boot vorhanden sei, in dem die Mannschaft geschützt sei. An den beiden anderen bayerischen Seen seien seiner Information nach größere beziehungsweise gleich große Boote vorhanden.

Tobias Hofrichter von der Dießener Wasserschutzpolizei erläuterte, dass die Beamten ein großes, auch mit Sanitäreinrichtungen versehenes Boot für ihren Dienst bräuchten. Bei Observationen, beispielsweise in Folge einer Reihe von Diebstählen an Schiffen, sei die Mannschaft zehn bis zwölf Stunden auf dem See, „das geht nicht auf einem Schlauchboot“.

Immer wieder angesprochen wurde von Kritikern eines Bootshauses, warum nicht die bisherige Praxis, das Boot im Sommer am

Dampfersteg in Dießen zu lassen, weiter praktiziert werde. Gemeinderat Florian Hofmann (LWG) ging dies zu weit. Beim Feuerwehrfahrzeug oder dem Sanka frage auch keiner, warum diese eine Garage bräuchten. Nachgefragt wurde von den Kritikern auch, was denn die Polizei im Winter auf dem See zu tun habe. Gietl verwies auf die geforderte Einsatzbereitschaft.

Die Standortfrage bot ebenfalls Diskussionsstoff. Richard Filser von der Liegenschaftsverwaltung des Präsidiums zeigte die Vor- und Nachteile verschiedener Orte auf. Untersucht worden waren etwa Riederer und Schondorf. Nachteile seien hier unter anderem die nahe Freizeitnutzung von Strandbad oder Seeanlagen. Bei Stegen müsste eine Fahrrinne geschaffen werden, außerdem sei der Raum wegen des Werftbetriebs begrenzt. Die von der Initiative dampferstegholzhausen.de ins Spiel gebrachte Bootshütte in Dießen kann wegen des Ensembleschutzes nicht erweitert werden und es müsste eine Fahrrinne geschaffen werden. Beim Standort Holzhausen wurden dagegen nur positive Punkte aufgelistet: Es gebe keine Flachwasserproblematik, ein- satztechnisch liege es ideal, es würden keine Strandbäder oder Seeanlage beeinträchtigt und den Blick sehen die Planer auch nicht verstell.

Bei den Bürgern führten diese Ausführungen zu Protest, Viele insistierten, doch ein Bootshaus in

Stegen unterzubringen. Karl Sauter (CSU) geht davon aus, dass dieser Standort eine viel stärkere Akzeptanz hätte. Gietl sicherte zu, dass Stegen noch einmal geprüft werde. Der Steg in Holzhausen werde für Bürger offen bleiben, auch wenn dort das Bootshaus der Polizei sei. Gemeinderat Florian Münzer beantragte, dass sich die Gemeinde gegen dieses Projekt ausspricht. Es wurde beschlossen, darüber erst abzustimmen, sobald die Polizei die neuen Erkenntnisse vorträgt.

Ist Baugenehmigung nötig?

● **Zustimmungsverfahren** Wenn eine „qualifizierte staatliche Bau-dienststelle“ ein Projekt plant, dann bedarf es keiner Baugenehmigung, sondern der Zustimmung der Regierung von Oberbayern, wie aus dem Landratsamt zu erfahren war. Die Regierung könne die Sache auch wieder ans Landratsamt verweisen, welches dann quasi wie eine Gemeinde auftritt. Ein Mitarbeiter des staatlichen Bauamtes in Weilheim sprach in dem Zusammenhang in der Sitzung des Uttinger Gemeinderates von einem isolierten Genehmigungsverfahren, in dem einzelne Fachstellen Bescheide ausstellten: „Wenn alle vorliegen, können wir bauen.“

● Es ist noch kein formelles Verfahren eingeleitet worden. (smi)